Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 343. Montag den 9. December 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die **nächste Neujahrsmesse** beginnt mit dem 2. Januar 1890 und endigt mit dem 15. Januar 1890.

Eine sogenannte **Vorwoche**, d. h. eine Frist zum Auspacken der Waaren und zur Eröffnung der Meßlocale vor Beginn der eigentlichen Messe, hat die Neujahrsmesse **nicht**.

Jede **frühere Eröffnung**, sowie jedes längere Offenhalten der Meßlocale in den Häusern, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird, außer der **sofortigen Schließung**, jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu **75 Mark** oder entsprechender Haft geahndet werden.

Leipzig, den 26. November 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die **Meßbörse für die Lederindustrie** in nächster Neujahrsmesse wird

Donnerstag, den 2. Januar 1890, Nachmittags von 2—4 Uhr im Saale der „**Neuen Börse**" hier abgehalten werden.

Leipzig, den 26. November 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Nachdem die **öffentlichen Eisbahnen** am Schleußiger Wege und am Frankfurter Thore eröffnet worden sind, bringen wir die betreffs der Benutzung derselben geltenden Bestimmungen hiermit zur öffentlichen Kenntniß:

1) Die Bahnen sind errichtet für Kinder unbemittelter Eltern und dürfen nur von Kindern im schulpflichtigen Alter benutzt werden.
2) Erwachsenen ist das Betreten derselben nur zu dem Zwecke gestattet, ihren Kindern das Schlittschuhlaufen zu lehren.
3) Die Bahnen dürfen nur zur Tageszeit benutzt werden, mit einbrechender Dunkelheit sind dieselben auf das vom Aufseher gegebene Zeichen sofort von allen Schlittschuhfahrern zu verlassen.
4) Für die Bahn am Schleußiger Weg ist der Fischermeister Herr Meißner und für diejenige am Frankfurter Thor der Brunnenbauer Herr Schröder mit der Aufsichtsführung beauftragt worden. Den Anordnungen derselben ist unweigerlich Folge zu leisten.

Leipzig, den 4. December 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 5780. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Kirchenvorstandswahl
in der neuen Südparochie.

Für das neue Südkirchspiel sind nach unserer Bekanntmachung vom 17. November d. J. 11 **Kirchenvorsteher zu wählen.**

Die Wahl soll

Dienstag, den 10. December

von **Vormittags 10 bis Nachmittags 5 Uhr** ohne Unterbrechung in der **6. Bürgerschule** (Zimmer der Volksbibliothek im Erdgeschoß) stattfinden.

Wahlberechtigt sind alle, welche auf Grund rechtzeitiger Anmeldung in der Wählerliste eingetragen sind.

Der **Stimmzettel**, auf welchem 11 Gemeindeglieder der neuen Südparochie, welche das 30. Lebensjahr überschritten haben, nach Tauf- und Familiennamen, Stand und Beruf zu verzeichnen sind, muß **persönlich** abgegeben werden.

Wir fordern alle dazu Berechtigten **herzlich und dringend auf**, von ihrem Wahlrecht

Dienstag, am 10. December d. J.

Gebrauch zu machen und ihr Augenmerk „**auf Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinn, kirchlicher Einsicht und Erfahrung**" (Kirchenvorstandsordnung §. 8) zu richten.

Leipzig, am 3. December 1889.

Der Wahlausschuß für die Kirchenvorstandswahl der neuen Südparochie:
D. Hartung, Pfarrer zu St. Petri, Vorsitzender.

Sparcasse in der Parochie Schönefeld
zu Leipzig-Reudnitz.
Grenzstraße Nr. 2.

Wegen Zinsenberechnung werden **Sparbücher** in der Zeit **vom 16. bis 31. December d. J. nicht expedirt** und ist für Ein- und Rückzahlungen der **14. December** der **letzte Expeditionstag** in diesem Jahre.

Vom 2. Januar 1890 ab werden wieder **täglich früh von 8 bis 12 Uhr** Spareinlagen angenommen und Rückzahlungen gewährt.

Hypothekenzinsen bitten wir möglichst **nur Nachmittags** von 3 bis 6 Uhr zu bezahlen.

Leipzig-Reudnitz, am 28. November 1889.

Sparcasse in der Parochie Schönefeld zu Reudnitz.
Robert Liebert, Director.

Auf Antrag der Erben soll das zum Nachlasse weil. **Johann Gottlob Lorenz's** in Kleinstädteln gehörige, unter Nr. 14 des Brandkatasters gelegene und auf Fol. 19 des Grundbuchs für diesen Ort eingetragene **Hausgrundstück** nebst Wirthschaftsgebäuden und Garten, zusammen 7,4 Ar Fläche haltend, mit 37,35 Steuereinheiten belegt und auf 4500 ℳ ortsgerichtlich gewürdigt,

am 19. December 1889, Vormittags 10 Uhr,

im Nachlaßgrundstücke öffentlich versteigert werden.

Bietungslustige werden hierzu eingeladen, und wird auf die am Amtsbrete und im Gasthofe zu Gröbern aushängende Beschreibung des Grundstücks nebst Versteigerungsbedingungen und Obligationsverzeichniß verwiesen.

Zwenkau, am 3. December 1889.

Königliches Amtsgericht.
Otto.

Leipzig, 9. December.

* Bei der Wichtigkeit der **Begrüßungstelegramme** des **Kaisers** an **Stanley** und **Emin** und der **Antwort** des ersteren, theilen wir nach dem „Reichsanzeiger" den **Wortlaut** derselben mit:

An Dr. Emin Pascha.

„Bei Ihrer endlichen Rückkehr von dem Posten, welchen Sie seit 11 Jahren mit echt deutscher Treue und Pflichterfüllung heldenmüthig behauptet haben, beglückwünsche Ich Sie gern mit Meinem Glückwunsch und Meiner kaiserlichen Anerkennung. Es hat Mir zur besonderen Freude gereicht, daß die Truppe des deutschen Reichscommissars Ihnen den Weg an die Küste gerade durch unser Schutzgebiet bahnen konnte.

Wilhelm, Imperator Rex."

An Mr. Stanley.

„Thanks to your tenacity of purpose and indomptable courage you have now, after having repeatedly crossed the dark continent, achieved a new long journey full of fearful dangers and almost unbearable hardship. That you have overcome it all and that your way home led you through territories placed under my flag, gives me great satisfaction, and I welcome you heartly on your return to civilization and safety.

Wilhelm, Imperator Rex".

Beide Telegramme haben ihre Bestimmung erreicht, aber in Folge des schweren Unfalles, der in so bedauerlicher Weise den deutschen Afrikaforscher Emin Pascha betroffen hat, ist von **Stanley** allein eine Antwort darauf eingetroffen. Dieselbe ist von **Zanzibar**, den 6., datirt, trägt die Adresse: „Imperator Rex, Darmstadt Schloß" und hat folgenden Wortlaut:

„Our expedition is to-day ended. I have had the honour of being hospitably received ever since arriving at Mpwapwa by Major Wissmann and his officers. Our lines have indeed run into pleasant places. From Bagamoyo to Zanzibar the „Sperber" and „Schwalbe" conveyed us with every mark of honour and kindness. I remember gratefully the hospitality and princely courtesy shown to me at Potsdam in 1885, and I am now profoundly impressed with Your Majesty's condescension, goodness and gracious welcome on my return from Africa. With sincere heart I say: Long live the noble Kaiser Wilhelm the Second!"

Auf eine von Sr. Majestät **ergangene Anfrage über das Befinden Emin Paschas** ist am 6. d. M. nachstehendes Telegramm des Majors Wißmann eingetroffen:

„To His Majesty Wilhelm the Second, Emperor of Germany. Darmstadt Schloss.

Emin befindet sich etwas besser. Er bleibt in Bagamoyo und beauftragt mich, Ew. Majestät zu sagen, daß Seines Kaisers Glückwunsch die beste Belohnung für seine Arbeit ist. Er bittet dafür seinen unterthänigsten Dank abstatten zu dürfen."

* An Stelle des eingegangenen Correspondenzblattes ist in den letzten Tagen das 1. Heft der „**Mittheilungen**" des **Allgemeinen Deutschen Schulvereins** zur Erhaltung des Deutschthums im Auslande erschienen. Nach diesem Hefte gliederte sich der deutsch-nationale Verein Ende 1888 in 399 Ortsgruppen oder Zweigvereine, welchen zusammen über 39 000 Mitglieder angehörten. Die meisten Ortsgruppen haben sich zu Landes- oder Provinzialverbänden zusammengeschlossen und verhältnißmäßig nur wenige Zweigvereine stehen noch außerhalb der Verbände. Der stärkste Landesverband ist noch immer der des **Königreiches Sachsen** mit 78 Ortsgruppen. Sodann folgt der Provinzialverband **Brandenburg** mit 58 Ortsgruppen, von denen 10 allein auf Berlin entfallen. Der Provinzialverband Sachsen zählt 32, der Verband Anhalt-Thüringen 26, der Verband Schlesien 21, der Verband des rechtsrheinischen Bayern 20, der Verband Hessen-Nassau 17, die Verbände Ostpreußen, Rheinland, Baden und Rheinpfalz je 14, der Verband Westpreußen 11, der Verband Pommern 9, der Verband Hannover 8, die Verbände Schleswig-Holstein, Posen, Mecklenburg und Württemberg je 7, die Verbände Hessen-Darmstadt und Elsaß-Lothringen je 5 Ortsgruppen. Die Zweigvereine des Reichslandes finden sich in Straßburg (2), Weißenburg, Metz und Kolmar. Einzelortsgruppen giebt es 10, die hauptsächlichsten sind in Bremen, Hamburg-Altona, Braunschweig und Mainz. Außerhalb des deutschen Reiches haben sich in 16 Orten (z. B. in Sydney, Montreal, Montevideo, Yokohama-Tokio, Amasia in Klein-Asien, London, Konstantinopel, Bukarest) Zweigvereine gebildet. Neben dem Allgemeinen Deutschen Schulvereine entfalten eine segensreiche Thätigkeit verwandte Vereine in München, Würzburg, Ansbach, Zürich, Basel und Chicago. Die dem Centralvereine in Berlin im Jahre 1888 zugeflossenen Einnahmen beliefen sich auf 37 335 ℳ, die Gesammteinnahmen aller Ortsgruppen aber auf 66 300 ℳ. Das Vereinsvermögen betrug 1883 5200 ℳ, 1885 6200 ℳ, 1888 aber 12 400 ℳ; eine Vermehrung dieses Vermögens ist dringend zu wünschen. Die vom Centralverein bewilligten Unterstützungen flossen nach Ungarn, Siebenbürgen, Böhmen, Galizien, Steiermark, Tirol, Bulgarien und in einige überseeische Länder. Großes hat die mit dem Schulverein in Verbindung stehende Leipziger Bücherversandtstelle geleistet; sie versandte bis Ende 1888 nicht weniger als 33 863 Bände und gründete oder erweiterte damit 348 Volks- und Schulbibliotheken. Es wurden verschickt nach 14 europäischen Ländern 21 021 Bände, nach 6 asiatischen Ländern 1578 Bände, nach 6 afrikanischen Ländern 2010 Bände, nach 2 nordamerikanischen und 5 südamerikanischen Ländern zusammen 9254 Bände. Der Schulverein ist Herrn Alfred Berster in Leipzig, der sich der mühevollen Versendungsarbeit dieser Büchermassen unterzogen hat, zu großem Danke verpflichtet. Vorsitzender des Berliner Schulvereins ist wie in früheren Jahren Dr. Falkenstein in Groß-Lichterfelde, stellvertretender Vorsitzender der berühmte Statistiker Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Böckh. Das Amt des Schriftführers hat seit vorigem Jahre Major a. D. von Nowag-Seeling übernommen. Die nächste Hauptversammlung wird in Nürnberg abgehalten werden.

* Bei der Neuwahl eines **Landtagsabgeordneten** für den 16. **Schleswig-Holsteinschen Wahlkreis** wurde nach amtlicher Feststellung Landrath v. Bülow in Wandsbeck (freicons.) mit 165 von 236 abgegebenen Stimmen gewählt. Von den Gegencandidaten erhielt Prof. Hänel (deutschfreis.) 38, Finanzrath Krieger in Altona (natlib.) 31 und Hofbesitzer Henneberg in Poppenbüttel (nat.-lib.) 2 Stimmen.

* **Aus München, 7. December**, wird uns geschrieben: Mit der anfänglich beabsichtigten Verweigerung des Cultusbudgets seitens der ultramontanen im bayerischen Landtage wird es nichts, nachdem die Führer eingesehen haben, daß im Falle einer übrigens verfassungswidrigen Verweigerung die Regierung sich durch den Prinzregenten das letztvereinbarte Cultusbudget wieder einsetzen ließe. Da es ist, wie in den clericalen Blättern verlautet wird, eine entschiedene prinzipielle Erklärung vor Beginn der Berathung des Cultusetats beabsichtigt, worin die Kammermajorität ihren Standpunct kurz präcisiren und es ausgesprochen wird, daß sie mit „diesem Minister" (Lutz) überhaupt nicht verhandle und ihn als nicht vorhanden betrachte. Ob es zu diesem „Schritt" kommen wird, bezweifelt man indeß in eingeweihten Kreisen. In den Zentrumsparteiblättern befürchtet man selbst ein „Umfallen" namentlich jener Führer, die Beamte sind, weshalb die Hetzorgane in der Presse sich zur Drohung versteigen, daß „das gesammte katholische Volk einen derartigen Schritt gegen den Cultusminister feindlich begrüßen würde, wenn inzwischen keine Klärung der Dinge erfolgt durch ein Entgegenkommen von oben". Darauf können die Ultramontanen aber lange warten!

* Der gegen den pensionirten k. k. General **Trajan Doda** vor Jahresfrist angestrengte **Proceß** ist jetzt als beendigt anzusehen. General Doda war bei den letzten **ungarischen** Reichstagswahlen unter allen Candidaten der rumänischen Nationalpartei allein durchgedrungen und später vom Abgeordnetenhause, weil er sich weigerte, das Mandat auszuüben, desselben verlustig erklärt worden. In dem Rechtfertigungsschreiben, welches Doda an seine Wähler richtete, glaubte der Staatsanwalt eine Aufreizung gegen die magyarische Nation zu finden. Von dem Arader Schwurgerichte wurde General Doda schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Staatsgefängniß und 1000 fl. Geldstrafe verurtheilt. Auf Vorschlag des ungarischen Ministerraths hat nun Se. Majestät der König von Ungarn verfügt, daß der Proceß gegen Trajan Doda fallen gelassen werde. Die Vollstreckung der Strafe würde jedenfalls sehr böses Blut unter den ungarischen Rumänen, deren Zahl sich auf 2½ Millionen beläuft, gemacht haben.

* Das **ungarische Abgeordnetenhaus** nahm die Vorlage über das Recruten-Contingent an. Der Landesvertheidigungsminister, Baron Fejervary, stellte für das nächste Jahr einen Bericht über die Institution der Einjährig-Freiwilligen in Aussicht.

* Im Verlaufe der Debatte in der **belgischen Kammer** über die Interpellation Bara vertheidigte am Sonnabend, wie schon kurz gemeldet, der Deputirte Jacobs (Rechte) den Minister Devolder. Der Minister des Innern protestirt energisch gegen alle gegen ihn gerichteten Verleumdungen. Janson und Bara kamen auf ihre Ausführungen zurück. Die Kammer ging darauf unter Billigung der Handlungen des Ministeriums mit 76 gegen 34 Stimmen zur Tagesordnung über.

* In der **französischen Deputirtenkammer** kündigte der Deputirte Cliche (Boulangist) eine Interpellation an, betreffend die Ernennung ehemaliger Deputirter zu hohen Richterstellen. Er betont, es handle sich darum, zu erfahren, ob die Kammer derartige Handlungen billige, welche anerkannte Rechte verletzten und die Politik in den Richterstand einführten. Die Kammer beschloß mit 258 gegen 205 Stimmen die Interpellation auf einen Monat zu vertagen.

* Die **italienische Regierung** hat, wie wir hier wiederholen, den Signatarmächten der Generalacte der Berliner Conferenz mitgetheilt, daß der Artikel 5 des Vertrages zwischen **Italien** und dem **Sultan von Aoussa**, dem Chef aller Danakil, wie folgt lautet: Wenn Aoussa oder irgend ein Punct seines Gebietes und der Dependenzen besetzt werden sollte, so soll der Sultan sich dem widersetzen und die italienische Flagge mit der Erklärung aufhissen, daß er seine Staaten und Dependenzen unter italienisches Protectorat gestellt habe.

* In **Spanien** steht, wie bereits gemeldet, eine Veränderung im **Ministerium** bevor, wodurch jedoch dessen liberaler Charakter nicht verändert werden soll. Nach dem Rücktritte des Finanzministers soll dessen Portefeuille von Montero-Rios übernommen werden, der nach einem in Pariser Blättern vorliegenden Madrider Telegramm als ein Anhänger der Rentensteuer gilt. Was die Reform des Cabinets betrifft, so hat der Plan die größte Wahrscheinlichkeit, welcher darauf abzielt, eine Versöhnung der verschiedenen Parteigruppen der Linken herbeizuführen, so daß die Dissidenten der Linken von der Opposition abgedrängt würden. Der Conseilpräsident Sagasta würde zu diesem Behufe ein neues Ministerium aus den Elementen der verschiedenen liberalen Parteigruppen bilden. Auf dieser Grundlage hoffen die Liberalen bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen sich an der Regierung zu erhalten, so daß die Eventualität eines conservativen Ministeriums unter Canovas del Castillo ausgeschlossen wäre.

* Der **Tod Jefferson Davis'** verursachte im ganzen **Süden der Union Trauerkundgebungen**. Allenthalben wurden Flaggen auf Halbmast gehißt, die Glocken geläutet, die Gebäude schwarz ausgeschlagen. Die Kriegervereine sandten Beileidsdepeschen an die Wittwe, die Zeitungen brachten Nekrologe, die Legislatur von Virginien ernannte einen Ausschuß, um Beileidsbeschlüsse zu entwerfen. In **Washington** unterblieb jedoch jede Trauerkundgebung, da Davis unter „politischen Entrechtungen" litt, die niemals aufgehoben worden sind. Obwohl er unter Präsident Pierce Kriegsminister gewesen ist, wurde die Flagge auf dem Kriegsamte nicht auf Halbmast gestellt, wie dies bei dem Tode activer früherer Minister der Fall zu sein pflegt. — Jefferson Davis war der einzige der ehemaligen „Rebellen", der trotz der Amnestie ausdrücklich von der Bekleidung eines öffentlichen Amtes ausgeschlossen blieb. Nach der Ermordung Abraham Lincoln's am 14. April 1865 hatte der Präsident Johnson einen Preis von 100 000 Dollars auf die Verhaftung des flüchtigen Davis wegen angeblicher Betheiligung an dem Morde ausgesetzt. Davis wurde am 13. Mai von den Bundestruppen im Staate Georgia ergriffen und nach Fort Monroe gebracht. Der gegen ihn eingeleitete Proceß wurde schließlich nur noch der bloßen Form wegen weiter geführt und, nachdem Davis bereits am 13. Mai 1867 gegen Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt worden war, in Folge einer nochmaligen Amnestie-Erklärung des Präsidenten Johnson im Januar, gleichzeitig mit allen Verfolgungen wegen Hochverrath und Aufstand, vom Staatsgerichtshof in Washington endgiltig eingestellt.

Zu den Reichstagswahlen.

* Die „**Nationalliberale Correspondenz**" schreibt zum **Stande der Wahlbewegung**:

„**Gegen den lebensmittelvertheuernden Cartellreichstag!**" lautet die Parole, welche die deutschfreisinnigen Agitatoren mit wachsender Heftigkeit im Land herumtragen und zum Mittelpunct des bevorstehenden Wahlkampfes machen möchten, nachdem alle übrigen Vorwürfe gegen die Thätigkeit des Reichstags in der gegenwärtigen Legislaturperiode sich als gänzlich unwirksam erwiesen haben. Eine größere Heuchelei und bewußtere Unwahrheit ist nicht denkbar, und man muß diesen Versuchen, die Thatsachen auf den Kopf zu stellen, immer von Neuem entschieden entgegentreten. Die Zölle auf Lebensmittel, welche die Vertheuerung herbeigeführt haben sollen, sind keineswegs eine That des Cartellreichstags, sondern in erster Linie sind dabei neben den conservativen Parteien die guten Freunde der Deutschfreisinnigen vom **Centrum** betheiligt. Wiederholte Steigerungen der Lebensmittelzölle sind von Reichstagen vorgenommen worden, in welchen keine Cartellmehrheit vorhanden war, sondern das Triumvirat Richter, Windthorst, Bebel herrschte. Die letzte Getreidezollerhöhung vom December 1887 wäre abgelehnt worden, wenn nicht das Centrum sich einstimmig dafür eingesetzt hätte; etwa 20 Nationalliberale stimmten damals für das Gesetz, fast 70 dagegen. Und ebenso hat beim Branntweinsteuergesetz das Centrum in der entscheidendsten Weise mitgewirkt und verhindern helfen, daß die Bemühungen der Nationalliberalen durchdrangen, einige der Züge zu beseitigen oder zu mildern, denen man gewöhnlich einen besonders agrarischen Charakter beilegt. Die „Freisinnige Zeitung" hat sich diesen Thatsachen gegenüber, die sie doch nicht ganz leugnen kann, ein Argument ausgedacht, von dem sie sich schwerlich großen Erfolg verspricht, wenn einmal im Wahlkampf ein unbefangener Wähler bei den Ihren gegen den Cartellreichstag und die nationalliberalen Brodvertheuerer den schüchternen Einwand wagen sollte: Die Nationalliberalen haben ja aber die Zölle nicht eingeführt, das waren ja die Ultramontanen. Wenn auch, sprechen die fortschrittlichen Agitatoren, die Nationalliberalen haben aber in vielen Wahlkreisen die agrarischen Schutzzöllner der conservativen Partei unterstützt, also sind sie mitverantwortlich für deren Thaten. Nun, dafür haben auch die Conservativen in vielen Wahlkreisen nationalliberale Gegner der landwirthschaftlichen Schutzzölle unterstützt; das wird sich also ausgleichen. Und zudem haben nicht die Deutschfreisinnigen durch die Parole, für jeden Gegner des Cartells in Stichwahlen zu stimmen, sich auch verpflichtet, ultramontane Brodvertheurer gegen nationalliberale Freihändler zu unterstützen? Es sitzt im gegenwärtigen Reichstag und wird auch im nächsten mancher ultramontane Kornzöllner sitzen, welcher der directen oder indirecten Unterstützung der Fortschrittspartei sein Mandat verdankt, während die nationalliberalen Gegencandidaten in den meisten Fällen Feinde der Kornzollerhöhung waren. Noch jüngst ist es bei der Nachwahl in Halberstadt sogar vorgekommen, daß wesentlich durch die Machinationen der Deutschfreisinnigen ein Freiconservativer mit stark ausgeprägten agrarischen Neigungen gegen einen freihändlerischen Nationalliberalen gewählt wurde. Also auch dieses Argument ist die reine Heuchelei. Die Thatsache ist nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Lebensmittelzölle keine Leistung des Cartellreichstags, sondern in erster Linie der ultramontanen Bundesgenossen der Herren Richter und Bamberger sind, und wenn wirklich die deutschfreisinnigen Hoffnungen auf Zerstörung der Cartellmehrheit in Erfüllung gehen sollten, so wäre damit nicht die geringste Schutzvorrichtung gegen weitere Lebensmittelvertheuerungen gegeben, im Gegentheil, sie wären noch wahrscheinlicher gemacht.

* In dem **Kreise Stolp**, dem bisherigen Wahlkreise des Abg. v. Hammerstein, stellen die Conservativen den früheren Minister **von Puttkamer als Reichstagscandidaten** auf.

* (**Vom deutschfreisinnig-socialdemokratischen Cartell.**) In der socialdemokratischen Berliner „**Volkstribüne**" wird im Gegensatz zu verschiedenen officiellen Parteibeschlüssen bereits verkündigt: „Zwar habe der St. Gallener Congreß den Socialdemokraten bei Stichwahlen gegenüber Parteien Wahlenthaltung vorgeschrieben; aber falls sich der Deutschfreisinn zu entschiedenem Handeln aufschwinge, würde er allerdings auf die Unterstützung der Socialdemokraten zu rechnen haben. Denn, wie schon Marx 1877 ausgeführt hätte, sei es die Aufgabe der Proletarier, alle radicalen Bewegungen nach Möglichkeit zu unterstützen." Wir haben nie daran gezweifelt.

* **Gera, 7. December.** Sicherem Vernehmen nach hat Herr **Justizrath Alberti** in **Gera-Gera** die ihm von den vereinigten Ordnungsparteien angetragene Reichstagscandidatur angenommen. Die Socialdemokraten haben den Herrn Schriftsteller **Wurm** aus **Dresden** aufgestellt. Von freisinniger Seite wird nach einer Mittheilung des dortigen „Tageblattes" den Wählern ein Candidat aus Gera vorgeschlagen werden.

* **Braunschweig, 6. December.** Man kann Herrn Blos gratuliren; er wird wieder in die Lage kommen, der Annahme eines Reichstagsmandats für Braunschweig auf recht unmöglichem Papier wegen anzumelden. Was vor einiger Zeit angedeutet wurde und was Herr Rieß in der Wahlversammlung vom 25. November sagte, daß nämlich die **Freisinnigen** nicht in die Hand der Nationalliberalen einschlagen würden, ist geschehen. Nach langem Redekampfe wurde gestern Abend vom liberalen Verein die Vereinigung mit den Nationalliberalen **abgelehnt**, worauf Namens des Herrn Retemeyer erklärt wurde, daß dieser nunmehr auf die Candidatur verzichten werde. Als vorgeschlagender neuer Candidat wurde Herr Dr. Dorn aus Schwerin genannt. Das Verhalten der Deutschfreisinnigen in unserem Wahlkreis verdient für alle Zeiten festgenagelt und der Wählerschaft als trauriges Beispiel so viel als möglich bekannt gemacht zu werden. Herr Retemeyer, der bisherige Abgeordnete für Braunschweig-Stadt und ein in allen Kreisen hochgeachteter Bürger, ist gar kein Nationalliberaler, sondern er hat in manchen Fällen mit den Deutschfreisinnigen gestimmt und er gehört dem Reichstag nur als „Wilder" an. Nichtsdestoweniger verweigern ihm die Deutschfreisinnigen und sie bauen damit nur den Socialdemokraten eine Brücke in den Reichstag.

* Die **socialistischen Reichstags-Candidaturen für Berlin** sind nunmehr sämmtlich aufgestellt. Es candidiren: Im 1. Wahlkreis: Gottfried Schulz, Cigarrenhändler. Im 2. Wahlkreis: F. Janiszewski, Buchbinder. Im 3. Wahlkreis: Karl Wildberger, Tapezierer. Im 4. Wahlkreis: Paul Singer, Kaufmann. Im 5. Wahlkreis: Albert Auerbach, Kaufmann. Im 6. Wahlkreis: Wilhelm Liebknecht, Schriftsteller.

Der Sclavenhandel in Afrika.

P. C. **Brüssel, 2. December.** Das Memoire über den Sclavenhandel in Afrika, welches die portugiesischen Delegirten dem Antisclaverei-Congresse vorgelegt haben, ist eine sehr sorgfältige Arbeit. Es giebt eine treffliche, übersichtliche Darstellung der Anfänge, der Entwickelung und der Eindämmung der Sclaverei in Afrika. Aus dieser historischen Uebersicht ist zu entnehmen, daß sich so ziemlich alle modernen seefahrenden Nationen an dem Sclavenhandel in Afrika betheiligt haben. Die Ersten, welche ihn aus gewinnsüchtigen Motiven betrieben, waren wohl die Portugiesen, aber wohl nur aus dem Grunde, weil sie zuerst an der afrikanischen Küste Fuß gefaßt haben. Den größten Aufschwung gewann der Sclavenhandel nach der Entdeckung Amerikas, wo die Eingeborenen zufolge ihres schwächlichen Körperbaues sich wenig zu den harten Arbeiten eigneten, durch welche die spanischen Eroberer die Reichthümer urbar machen wollten. Da griff man auf die Idee, aus Afrika Arbeitskräfte zu holen, wobei man auch, wie ja das bekannte Auftreten des Bischofs Las Casas beweist, zum Theile durch philanthropische Erwägungen mit Hinblick auf die eingeborene Bevölkerung geleitet wurde. Nach und nach rissen die Engländer beinahe den ganzen Sclavenhandel von Afrika nach Amerika an sich, da im Friedensvertrage von Utrecht wurde ihnen derselbe durch **Spanien** als ein besonderes Privilegium eingeräumt. Die Zahl der Schwarzen, welche durch englische Schiffe nach Amerika „verfrachtet" wurden, beziffert sich auf Millionen. Die letzte Blüthezeit dieses Handels fällt in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Von da ab ist eine merkliche Abnahme in dem Absatz der „Menschenwaare" wahrzunehmen. In Portugal entwickelte sich früh eine Bewegung gegen den schändlichen Handel und auch von Seite der portugiesischen Regierung war man bestrebt, ihn nach Möglichkeit einzudämmen. Das vorgelegte Memoire citirt sehr zahlreiche Decrete der portugiesischen Regierung aus allen Jahrhunderten zum Zwecke der Beschränkung und des Verbotes des Sclavenhandels, sowie der Verfolgung der Sclavenhändler. England machte auch die früheren Sünden gut, indem es bereits im Jahre 1834 die Sclaverei in allen seinen Colonien aufhob und die sofortige Freilassung der Sclaven durch eine Entschädigung an die Sclavenbesitzer ermöglichte, welche Hunderte von Millionen betrug.

Der weitaus interessanteste Theil des portugiesischen Memoires und welcher auch in erster Linie die Beachtung seitens des Antisclaverei-Congresses verdient, ist jener, welcher die heutigen Ver-

SLUB
Wir führen Wissen.